

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/104: 14.01.1946 – 20.04.1946

14.01.1946

Frankreich: In Paris einigen sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichnen am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen.

Bis 1947 werden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

15.01.1946

WBZ: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Januar 1946 (x111/125): >>Nach Frankreich 286.000 t, nach Belgien 255.000 t, in die Niederlande 171.000 t, nach Dänemark 156.000 t, nach Norwegen 72.000 t und nach Luxemburg 122.000 t.<<

25.01.1946

WBZ: Sämtliche deutschen SPD- und CDU-Politiker (Oberpräsidenten und Chefs der Länderegierungen in der britischen Zone), außer dem parteilosen Hamburger Bürgermeister, stimmen am 25. Januar 1946 in Oldenburg gegen die Bildung von landsmannschaftlichen Flüchtlingsverbänden (x024/214): >>Die Bildung von landsmannschaftlichen Verbänden für Flüchtlinge, sowie von jeder anderen Vereinigung von Flüchtlingen, sollte für die ganze britische Zone nicht gestattet werden. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Verbot von landsmannschaftlichen Vertriebenenverbänden (x024/214-215): >>... Mit dem Koalitionsverbot, daß die Besatzungsmächte bald darauf aussprachen, konnten sie somit zwei Seiten gefallen; einmal den deutschen Politikern, die im Fall der britischen Zone selbst darum gebeten hatten, und den osteuropäischen Vertreiberstaaten, weil diese sich durch die Bildung von Vertriebenenvereinigungen hätten provoziert fühlen können. Den Vertriebenen wurde hier von seiten der Briten und Amerikaner jedenfalls erneutes Unrecht zugefügt.

Die Haltung der deutschen Politik zeigt die wohl allgemeine verbreitete Meinung, man könne sich die Schwierigkeiten vom Hals schaffen, wenn man nur den Betroffenen weder Möglichkeit zur Artikulation noch Macht zum Widerstand (Stärke durch Vereinigung) gäbe. Auch wenn dies nie ... offiziell geäußert wurde, lag doch gerade im Verbot von Vertriebenenvereinigungen der bequemste Weg, Konfrontationen und somit möglichen Konsequenzen auszuweichen.<<

Alle Münchener Filmtheater müssen am 25. Januar 1946 den Film "Die Todesmühlen" (US-Dokumentarfilm über die von den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen) zeigen.

Am 25. Januar 1946 trifft der erste Vertriebenentransport aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein. Bis zum 24. Februar werden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. In den einzelnen Bezirken werden meistens schon bestehende Konzentrations- oder

Internierungslager als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet. Trotz der getroffenen Vereinbarungen werden viele arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Bei fast jedem Vertriebenentransport ist festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden (x004/120).

26.01.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. Januar 1946 die Einführung der 6-Tage- bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche.

27.01.1946

WBZ: David Ben Gurion (Präsident der zionistischen Arbeitergewerkschaften) fordert am 27. Januar 1946 in München die Rückgabe Palästinas (Kanaan, das "gelobte Land"), um einen selbständigen jüdischen Staat zu gründen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die geschichtliche Entwicklung Palästinas (x192/458): >>... Nirgendwo ... hinterließen die europäischen Mächte ein chaotischeres Erbe als im Nahen Osten. Nach dem Weltkrieg kämpften nationalistische Bewegungen, viele mit engen Beziehungen zur Sowjetunion, um die Unabhängigkeit von der westlichen Vorherrschaft. Die erste, die Erfolg hatte, war nicht arabisch, sondern jüdisch.

Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre waren jüdische Siedler in großer Zahl nach Palästina gekommen, in der Hoffnung auf eine neue Heimat, die ihnen die Briten versprochen hatten. Nach dem Krieg kamen Millionen weitere Einwanderer, darunter auch viele Überlebende des Holocaust.

Großbritannien, das um seine gute Beziehungen zu den Arabern fürchtete, suchte Ausflüchte, um einen Judenstaat zu verhindern und provozierte damit jüdische Gruppen zu einer Welle antibritischer Terrorakte. Unfähig eine Lösung zu finden, zogen sich die Briten 1948 schließlich zurück. ...<<

30.01.1946

WBZ: Die katholischen Bischöfe kritisieren am 30. Januar 1946 die unmenschliche Massenausreibung der Deutschen (x025/122): >>Die Austreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt. ...

Wir wissen, daß ... Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben. Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen?

Man soll die wirklich Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten? ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 30. Januar 1946 (x853/...): >>... Im Übrigen fand Bischof Clemens August damals auch ein warmes Wort des Dankes an die deutschen Soldaten für ihren selbstlosen Lebenseinsatz und versicherte in einer eigenen "Kanzelverkündigung" vom 30. Januar 1946 "die mehr als 10 Millionen Ostdeutschen, deren Vorfahren größtenteils schon vor sieben- bis achthundert Jahren ist ostdeutschen Raum gesiedelt und den Boden urbar gemacht haben", seiner Anteilnahme an ihrem "entsetzlichen Schicksal".

Und wie er in Teltge (1. Juli 1945) das gesamte deutsche Volk gegen den Pauschalvorwurf der Kollektivschuld in Schutz genommen hatte, appellierte Graf Galen in dieser Verlautbarung an die Weltöffentlichkeit, die Augen nicht vor der "brutalen Austreibung" seiner ostdeutschen Landsleute zu verschließen, damit verhütet wird, "daß aufs neue Macht vor Recht gehe und eine Saat des Hasses ausgestreut werde". ...<<

Der EKD-Rat protestiert am 30. Januar 1946 ebenfalls gegen die brutalen Vertreibungsmetho-

den (x111/130): >>... Zu Tode erschöpft, halb verhungert und unterwegs bis aufs Letzte ausgeraubt, kommen die unglücklichen Opfer der Ausweisungen in Deutschland an und finden hier oft genug nirgends ein menschenwürdiges Unterkommen.<<

Die britische Militärregierung erteilt den Lehrern in Westfalen am 30. Januar 1946 Ratschläge, wie man auch ohne Schulbücher unterrichten kann (x117/85): >>Ein einfallsreicher Lehrer (sollte) durchaus imstande sein, ... Lesen ohne Lehrbuch zu lehren. ...

Um dies durchzuführen, könnte ein Lehrer auf eigene Verantwortung Stoff aus einem Buch wiedergeben oder sich selbst Stoff zusammenstellen und diesen so verwenden, wie er es ... für geeignet hält, vorausgesetzt, daß dieser Stoff nicht im Widerspruch mit den Befehlen der Militärregierung steht. ...<<

31.01.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Januar 1946 aus München (x124/111): >>Die ... Militärregierung ... hat die Zuteilung der neuen Lebensmittelkarten vom Nachweis abhängig gemacht, daß jeder Erwachsene den Film "Todesmühlen" über die Konzentrationslager gesehen hat. Nur Bettlägerige sind vom Kinobesuch auf ärztliches Attest hin befreit. ...<<

Das französische Oberkommando berichtet Ende Januar 1946 über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Besatzungszone (x114/3.140): >>Die milden Jahrestemperaturen haben die schlimmsten Ängste der deutschen Bevölkerung verfliegen lassen. Sie ist völlig auf das materielle Leben fixiert und fürchtet sich davor, den ersten Besatzungswinter in zerstörten Städten zu verbringen, ohne beheizte Räume, mit kritischer Lebensmittelversorgung inmitten ausländischer Soldaten. Die Konfrontation mit Armut und Elend erschien den Deutschen unerträglich. In ihrer tiefen Apathie dachten sie mehr an das Essen am nächsten Tag als an die Zukunft Deutschlands.

Da sie bisher keine Hungersnot und Kälte auszustehen hatten, ist es in der Zone ruhig geblieben. Dennoch machte der Deutsche seine ersten schmerzhaften Erfahrungen durch. Er kennt nun das Schicksal, das seine ehemaligen Politiker und Armeen Europa fünf Jahre lang zumuteten. Aber das Nichtwissen und das mangelnde Schuldgefühl der Masse erleichtern ihm nicht, die heutigen Prüfungen anzunehmen.

Trotz allem weiß er, daß fremde Hilfe nötig ist. Daher neigt er dazu, die Besatzungsmacht danach zu beurteilen, was sie ihm bringt.<<

Michael Sommer berichtet später im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 13) über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in der französischen Besatzungszone (x153/51-54): >>... Die Flüchtlingspolitik in der französischen Besatzungszone gehörte in der Periode zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – wie alle anderen Politikfelder auch – zu den Reservatrechten der Siegermacht. Die französische Regierung wie die von ihr abhängige Baden-Badener Militärregierung waren in diesem Zeitraum bestrebt, die Flüchtlingspolitik den allgemeinen Zielen der französischen Außenpolitik der Nachkriegszeit unterzuordnen und für diese nutzbar zu machen.

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Flüchtlinge in der französisch besetzten Zone aufgenommen werden sollte, hing daher entscheidend von den in Paris angestellten Überlegungen zum Problem der nationalen Sicherheit bzw. zur Organisation der europäischen Nachkriegsordnung ab. Daneben waren ökonomische Beweggründe von ausschlaggebender Bedeutung, da Frankreich den durch die Kriegseinwirkungen verursachten Status minus unter den europäischen Mächten abwerfen und sich wieder in den Stand einer europäischen Großmacht versetzen wollte. Zu diesem Zweck wurde auch die französische Flüchtlingspolitik instrumentalisiert.

Grundlegende Maxime der französischen Politik war dabei die Absicht, jede von der Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa herrührende Belastung der französisch be-

setzten Zone zu vermeiden. Zur Rechtfertigung der Abwehr aller von den Alliierten vorgebrachten Ansprüche auf eine gleichmäßige Verteilung der zuzugsbedingten Lasten in den Besatzungszonen verwies Frankreich (zu Recht) darauf, daß es von den Beratungen und Entschlüssen der Potsdamer Konferenz ausgeschlossen gewesen war. Die französische Regierung erklärte sich daher für frei von jeder im Zusammenhang mit den dort gefaßten Beschlüssen abgeleiteten Verantwortung für die vertriebene deutsche Bevölkerung.

Insbesondere wandte sich die französische Mission beim Berliner Kontrollrat zum Schutz vor einer weiteren Westverschiebung deutscher Bevölkerungsteile gegen die nicht von den Potsdamer Beschlüssen gedeckten Vertreibungen in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Vergeblich bemühte sich die französische Delegation auf diplomatischem Wege um die Einstellung der von der Sowjetunion geduldeten bzw. geförderten Vertreibungsmaßnahmen in diesen Ländern.

Humanitäre Erwägungen spielten aus französischer Sicht bei den Versuchen zur Begrenzung des Vertreibungsvorgangs keine Rolle! Entscheidend war allein die Rückbindung an die übergeordneten Ziele der französischen Außenpolitik. In Paris, Berlin und Baden-Baden befürchteten die für die Bevölkerungspolitik zuständigen französischen Dienststellen bei der Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in der vor allem im Norden rückständigen Besatzungszone eine dramatische Verschärfung des ohnehin bedrohlichen Ernährungszustandes. Die Furcht vor einer durch eine Hungersnot provozierte Radikalisierung der Vertriebenen und möglicherweise auch der einheimischen Bevölkerung bestärkte die Militärregierung in ihrer Abwehrhaltung.

Aber auch die von den Kontrolloffizieren entworfenen längerfristigen Szenarien für eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen ließen es in Verfolgung der französischen Sicherheitsinteressen nicht angeraten erscheinen, die Abschottung der Zonen aufzugeben. Wiederholt kam bei den Überlegungen zu den mutmaßlichen Folgen einer dauerhaften Eingliederung der Vertriebenen die Furcht auf, eine damit zwangsläufig verbundene Reindustrialisierung Deutschlands würde dessen Kriegsführungsfähigkeit wieder herstellen und so die Gefahr eines Revanchekrieges heraufbeschwören. ...

Die Abschottung der Zone bewirkte zunächst, daß eine erhöhte deutsche Bevölkerungskonzentration in der Grenzregion westlich des Rheins vermieden wurde.

Die geschah u.a. mit Blick auf die beabsichtigte Abtrennung des Saarlands von Deutschland, einer Internationalisierung des Ruhr-Kohle-Bergbaus und der dauerhaften Eingliederung Elsaß-Lothringens in den französischen Staatskörper. Keines dieser Ziele sollte durch die Existenz mutmaßlich "irredentistisch" gesonnener, "national" eingestellter und in ihrem politischen Bewußtsein "reichstreu" geprägter, "preußisch" und vornehmlich protestantisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus den Vertreibungsgebieten gefährdet werden.

Neben der strikten Abschottung der französisch besetzten Zone kam einer Reihe anderer demographisch wirksamer Maßnahmen große Bedeutung zu. Während die Absicht einer Reduktion der deutschen Bevölkerung mittels forcierter Propagierung der Geburtenkontrolle schon bald mit Rücksicht auf antizipierte negative Wirkungen im eigenen Land wieder fallengelassen wurde, bemühte sich die französische Militärmission in Berlin bis 1949 immer wieder erfolglos darum, eine von den Siegermächten sanktionierte Massenausweisung von rund acht Millionen Deutschen nach Übersee zu erreichen.

Damit sollten vor allem viele der weitgehend eigentumslosen Vertriebenen aus Westdeutschland entfernt werden. Auf diese Weise hoffte die Militärregierung, den durch die Massenvertreibung verstärkten Bevölkerungsdruck und das daraus abgeleitete, vermeintlich "natürliche Expansionsstreben" des deutschen Volkes kanalisieren und in für Frankreich ungefährliche Bereiche ableiten zu können.

Als vierte strategische Maßnahme zur Veränderung des demographischen Ungleichgewichtes

wurde die verstärkte Assimilierung von geeigneten Deutschen durch die französische Bevölkerung betrieben. Die diesbezüglichen Vorhaben betrafen auch hier vornehmlich Flüchtlinge und Vertriebene. Entlassene Kriegsgefangene ostdeutscher Herkunft ohne Rückkehrmöglichkeit wurden als "freiwillige" Arbeitskräfte nach Frankreich verpflichtet, um dort die Kriegsverluste unter den französischen Männern in heiratsfähigem Alter ausgleichen zu helfen.

Zu den bedenklichsten Maßnahmen zählte die systematische Überführung von aufgrund ihres Vertreibungsschicksals elternlos gewordenen Flüchtlingskindern nach Frankreich, die dort von französischen Adoptiveltern erzogen wurden. Dabei sollte diesen Kindern ihre wahre Herkunft auf Dauer verschwiegen werden.

Die auf Abwälzung der Kriegsfolgenlasten zielende Politik Frankreichs führte zu einem Gegensatz mit den USA und Großbritannien, die nicht zuletzt durch ihre Bereitschaft zur Aufnahme der Vertriebenen eine erhebliche Belastung ihrer Besatzungszonen in Kauf genommen hatten. Da die Verzögerung von (meist amerikanischen) Lebensmittellieferungen als Druckmittel gegen die französische Militärregierung nicht zu einer Öffnung der französisch besetzten Zone geführt hatte, setzten die beiden Regierungen die französische Mission in Berlin verstärkt unter diplomatischen Druck.

In Baden-Baden erkannte man die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung Frankreichs, die sich in dem Maße vergrößerte, in dem der fortschreitende "Kalte Krieg" ein Lavieren Frankreichs zwischen den Weltmächten und der Sowjetunion zunehmend aussichtsloser erscheinen ließ. Die Entfremdung von der Sowjetunion in der Flüchtlingsfrage gipfelte in der Vermutung, Stalin beabsichtige durch die fortdauernde Vertreibung eine Proletarisierung Westdeutschlands zu erzwingen, die dort gemäß den Entwicklungsgesetzen des Marxismus in eine Revolution münden solle. Auch aus diesem Grund erschien der Militärregierung die Abschottung der französischen Zone als angemessene Reaktion gegen derartige Bestrebungen.

Außerdem sprachen aus der Sicht Frankreichs wirtschaftliche Gründe für die Fortgrenzung seiner Abgrenzungspolitik. Durch die strenge Kontrolle des Zuzugs konnte die französische Zone bei gleichzeitiger Kanalisierung der Bevölkerungsbewegungen als Drehscheibe für die Rekrutierung der von Frankreich so dringend benötigten deutschen Arbeitskräfte und Soldaten für die Fremdenlegion dienen.

Hingegen drohte bei einer vollständigen Liberalisierung der Zuzugsbestimmungen die Kontrolle über die Bevölkerungsbewegungen verloren zu gehen. Durch die bei einem ungebremsten Zustrom Vertriebener in die französisch besetzte Zone mittelfristig unabwendbare Einstellung der Demontagen und die Verzögerung der Reparationsleistungen mußte Frankreichs Absicht, sich die deutschen Ressourcen für den Wiederaufbau im eigenen Land nutzbar zu machen, ebenso durchkreuzt werden wie durch ein Wiedererstarken der deutschen Fertigwaren-Exportproduktion, deren Konkurrenz Frankreich auf den Weltmärkten fürchtete.

Demgegenüber gewann der amerikanische Druck auf Öffnung der französischen Zone in dem Maße für Paris an Bedeutung, in dem die Planungen zur Durchführung des Marshall-Planes Gestalt annahmen. Aus der Furcht heraus, bei der Kreditvergabe wegen der Flüchtlingspolitik in Deutschland von den USA benachteiligt zu werden, fand sich die französische Militärregierung 1949 schließlich doch zur Aufnahme von Verhandlungen über den internationalen Flüchtlingsausgleich bereit. ...<<

01.02.1946

WBZ: In der britischen Zone wird am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.

Die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone werden am 1. Februar 1946 um 25 % gekürzt und betragen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).

USA: Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu

Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

04.02.1946

USA: Die "New York Times" berichtet am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte.

Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alpträumenhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung.

Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...<<

10.02.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) weist am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

12.02.1946

WBZ: In der britischen Besatzungszone werden am 12. Februar 1946 alle ostdeutschen Landsmannschaften verboten (x024/212).

Frankreich: Die französische Regierung verlangt am 12. Februar 1946 in einem Schreiben an die Westmächte die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zoll- und Währungssystem (x111/136).

14.02.1946

WBZ: Der sowjetische Ankläger Oberst Pokrowskij behauptet am 14. Februar 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, daß deutsche Wehrmachtstruppen die Katyn-Massaker durchgeführt hätten (x046/205): >>... daß eine der wichtigsten verbrecherischen Handlungen, für die die Hauptkriegsverbrecher verantwortlich sind, die Massenvernichtung polnischer Offiziere war, die in den Wäldern von Katyn bei Smolensk von den deutschfaschistischen Eindringlingen vorgenommen wurde. ...<<

Polen: Am 14. Februar 1946 vereinbaren britische und polnische Politiker noch einmal, daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in "humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" soll. Die Fahrtrouten werden festgelegt, und es wird beschlossen, daß für die Bewachung der Transporte, für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung gesorgt werden muß. Die Ausgewiesenen sollen nicht mehr als 500 RM und Gepäck mitnehmen, als sie "in den Händen tragen können" (x001/148E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-147E-153E): >>... Das Jahr 1946 wurde in Ostdeutschland die Hauptperiode der Ausweisung. Alle unter polnischer Verwaltung stehenden ostdeutschen Provinzen und Orte, auch Niederschlesien und verschiedene Gegenden Pommerns und Ostpreußens, die bisher noch ziemlich verschont geblieben waren, wurden nunmehr von systematischen Austreibungsaktionen erfaßt.

Zunächst unterschieden sich die Ausweisungen des Jahres 1946 wenig von denen des Jahres 1945. Noch immer waren die Kontrollen an den Sammelstellen und die wochenlangen Transporte von Plünderungen und Übergriffen aller Art begleitet, so daß die Mehrzahl der Ausge-

triebenen völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankamen, wo sie auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten wurden.

Erst mit dem Sommer 1946 trat insofern eine Besserung ein, als sich die inzwischen festgelegten Richtlinien über die Durchführung der Ausweisung auszuwirken begannen. Bereits am 17. November 1945 hatte der alliierte Kontrollrat einen "Plan zur Überführung der deutschen Bevölkerung ..." aufgestellt, in dem unter anderem vorgesehen war, daß die auf 3,5 Millionen geschätzte deutsche Bevölkerung aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten in die sowjetische (2 Millionen) und die britische Besatzungszone (1,5 Millionen) übergeführt werden und daß diese Überführung im Dezember 1945 beginnen und im Juli 1946 beendet sein sollte. –

Später, am 14. Februar 1946, wurde in dem inzwischen errichteten internationalen Combined Repatriation Executive (CRX) zwischen dem britischen und dem polnischen Vertreter ein Abkommen getroffen, das noch einmal wie schon das Potsdamer Abkommen die Versicherung enthielt, "daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" müsse.

Auch die Fahrtrouten und die Ausweisungsquoten für die einzelnen Zeitabschnitte wurden hierbei festgelegt, und es wurde vereinbart, daß für eine Bewachung der Transporte sowie für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung Sorge getragen werden müsse. Bemerkenswert ist, daß den Ausgewiesenen nicht gestattet sein sollte, mehr als 500 RM und mehr Gepäck mitzunehmen, als sie "in den Händen tragen können".

Die sehr harten Bestimmungen über die Gepäckbeschränkung sind von polnischer Seite während der folgenden Ausweisungen des Jahres 1946 im allgemeinen beachtet worden, und auch eine gewisse militärische Sicherung der Ausweisungen wurde eingerichtet, aber der eigentliche Zweck des britisch-polnischen Abkommens, eine "ordentliche und humane" Durchführung der Ausweisungen zu garantieren, ist auch bei den Massenausweisungen während des Jahres 1946 keineswegs erreicht worden.

Allein schon für Verpflegung und ärztliche Betreuung war nur in den seltensten Fällen einigermaßen gesorgt. Schwerer fiel noch ins Gewicht, daß die polnischen Milizkommandos die Ausweisung der Deutschen aus ihren Wohnungen unnötig beschleunigten und in der Regel mit äußerster Strenge, ja oft geradezu in brutalen Formen durchführten.

Oft standen den aus ihren Häusern Vertriebenen keinerlei Transportmittel zur Verfügung, so daß sie sich mit ihrem schweren Gepäck in kilometerlangen Märschen nach den Sammellagern schleppen mußten. Dort fehlte es meist an den primitivsten Voraussetzungen dafür, Tausende von Menschen unterzubringen, zumal es mitunter Wochen dauerte, ehe die Transporte zusammengestellt wurden.

Nach allem, was heute über den Verlauf der Ausweisungen bekannt ist, steht es fest, daß ihre Durchführung durch die polnischen Behörden nicht nur ohne zureichende Organisation geschah, sondern daß vielfach ganz offensichtlich auch gar nicht der Wille vorhanden war und gar keine besonderen Anstrengungen gemacht wurden, um eine wirklich ordnungsgemäße und humane Überführung der deutschen Bevölkerung nach Westen zu gewährleisten.

Daß sich die Übergriffe und vor allem die Plünderungen während des Jahres 1946 überhaupt milderten, war in hohem Maße den Vertretern (der) britischen Besatzungsmacht zu verdanken, die wiederholt gegen die Art und Weise protestierten, in der die polnischen Behörden die Ausweisung handhabten. –

Der wichtigste Erfolg des britisch-polnischen Ausweisungsabkommens war, daß den Vertriebenen ab Ende 1946 der direkte Weg in die britische Besatzungszone offenstand, so daß sie nicht mehr von der sowjetischen Besatzungszone aus heimlich als Grenzgänger nach Westen zu fliehen brauchten.

Waren die Vertreibungen des Jahres 1945 ausschließlich nach der Sowjet-Zone erfolgt, so ging der Hauptteil der im Jahre 1946 Ausgewiesenen in direkten Transporten in die britische Besatzungszone. Die Überführung von Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße nach der britischen Zone hielt vom Frühjahr bis zum Ende 1946 ohne wesentliche Unterbrechungen an und ist unter dem Kennwort "Operation Schwalbe" bekanntgeworden. Insgesamt 1.375.000 Deutsche aus den Oder-Neiße-Gebieten wurden im Zuge dieser Operation in geschlossenen Transporten nach Westdeutschland gebracht. –

Für den gesamten nördlichen Raum der Oder-Neiße-Gebiete war Stettin die Hauptstation für die Zusammenstellung und Abfertigung der Ausweisungstransporte und für ihre Übergabe an britisches Begleitpersonal. In der Umgebung von Stettin befanden sich mehrere Sammellager, in denen die zur Ausweisung Bestimmten oft wochenlang auf die Abfahrt der Transportzüge warten mußten, neben dem berüchtigten Lager Stettin-Scheune vor allem die Lager Kreckow und Frauendorf.

Die dort versammelten Ausgewiesenen aus Pommern und Ostbrandenburg und die mit Zügen aus Richtung Danzig oder aus Ost- und Westpreußen ankommenden Vertriebenen wurden in Stettin zu einzelnen Transporten zusammengestellt und nach Westen in Marsch gesetzt. Außer auf dem Schienenwege nach Westen erfolgte der Weitertransport von Stettin teilweise auch über See nach Lübeck. –

Im Südbereich der Oder-Neiße-Gebiete war das Zentrum für die Ausweisungstransporte der Bahnknotenpunkt Kohlfurt (nordöstlich Görlitz), von wo aus die Eisenbahntransporte mit Vertriebenen nach der sowjetischen und britischen Besatzungszone abgefertigt wurden.

Um eine Überschreitung der zwischen den britischen und den polnischen Behörden festgelegten Ausweisungsquoten an den einzelnen Übergabestationen zu vermeiden, kam es oft zu langwierigen und umständlichen Umlegungen der Ausweisungstransporte. So wurden manche Deutsche aus Pommern erst nach Polen geleitet und von dort aus über Schlesien nach Westen transportiert.

Neben den Ausweisungen nach der britischen Besatzungszone wurden im Jahre 1946 ebenso wie 1945 mehrere Hunderttausende von Deutschen nach der sowjetischen Besatzungszone übergeführt. Viele dieser Vertriebenen haben sich, sobald sie den Aufnahmelagern der sowjetischen Zone entkommen konnten, selbständig auf den Weg in die westlichen Besatzungszonen begeben, um nicht länger unter sowjetrussischem Regime leben zu müssen, dessen Auswirkungen sie in ihrer Heimat so schmerzlich erfahren hatten.

Im Jahre 1946 waren es allein ca. 250.000 Vertriebene, die außerhalb der organisierten Transporte in Westdeutschland ankamen. Hatte schon im Jahre 1945 die Zahl der zwangsweise vertriebenen Ostdeutschen und derer, die infolge der unerträglichen Gewaltherrschaft von Polen und Russen nach Mittel- und Westdeutschland geflohen waren, schätzungsweise 600.000 bis 700.000 Menschen betragen, so verstärkte sich der Strom der Vertriebenen 1946 noch um ein Vielfaches. Rund 2 Millionen Deutsche kamen im Verlaufe dieses Jahres über die Oder-Neiße-Linie nach Westen. Die polnischen Bestrebungen zur Verdrängung der ostdeutschen Bevölkerung hatten damit bereits eine weitgehende Erfüllung gefunden.

Neben den Ausweisungen hatten auch die radikalen Unterdrückungsmaßnahmen das Ihrige getan. Der Hunger und die körperliche Überbeanspruchung während der Zwangsarbeit, die Epidemien in den Städten, dazu die Mißhandlungen in den Lagern und Gefängnissen verursachten so zahlreiche Opfer unter den Deutschen, daß den polnischen Ausweisungskommandos manche Arbeit vorweggenommen wurde. –

Ende 1946 war der Hauptteil der Deutschen, die beim Einzug der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat geblieben oder später zurückgekehrt waren, bereits vertrieben oder in der Zwischenzeit umgekommen. Die Dörfer und Städte Schlesiens, Süd-Ostpreußens, Ostpommerns und Ostbrandenburgs waren zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend von der deutschen Bevöl-

kerung geräumt und hatten infolge der Ansiedlung von Polen ein völlig verändertes Gesicht erhalten.

Mit dem Eintritt des Winters 1946/47, als die Kälte unter den Vertriebenen bereits zahlreiche Verluste verursacht hatte, verweigerten die britischen Behörden jede weitere Übernahme von Ausweisungstransporten, da sie es nicht verantworten zu können glaubten, weitere Hunderttausende völlig verelendeter Ausgewiesener in die überfüllten Aufnahmelager einzuliefern, und da gleichzeitig die polnischen Behörden gezwungen werden sollten, für bessere Ausweisungsbedingungen zu sorgen. Verschiedene Transporte liefen deshalb wieder in ihre Ausgangsorte zurück, und die Ausweisungsaktionen flauten ganz allgemein während des Winters 1946/47 ab.

Da sich aber noch immer zahlreiche Deutsche östlich der Oder-Neiße befanden, begann mit dem Frühjahr 1947 eine neue, die letzte umfassende Etappe der Zwangsausweisungen. Auch jetzt waren die britischen Behörden noch nicht zu einer Übernahme der Transporte bereit, diese wurden deshalb ausschließlich in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleitet. Sie verliefen jetzt allerdings in wesentlich geregelteren Formen als 1945 und teilweise noch 1946, obwohl auch jetzt noch in den Ausweisungslagern mitunter unverändert katastrophale Zustände herrschten und noch immer manche Deutsche die Strapazen der Ausweisung mit dem Leben bezahlen mußten.

Von den Ausweisungen im Jahre 1947 wurden die letzten bisher noch nicht oder teilweise betroffenen Orte erfaßt, und auch viele Deutsche, die bisher als unabhkömmliche Arbeitskräfte verschont geblieben waren, mußten sich nun von ihrer Heimat trennen. Während des ganzen Frühjahres, Sommers und Herbstes 1947 wurden auf diese Weise noch einmal schätzungsweise 500.000 Deutsche aus Schlesien, Ostpommern, Westpreußen und dem Südteil Ostpreußens nach Westen transportiert.

Ende 1947 nahmen die systematischen Ausweisungen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im allgemeinen ein Ende, obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam und noch manche Deutsche in den folgenden Jahren selbständig versuchten, von Pommern oder Schlesien aus nach Westen zu gelangen.

Die Mehrzahl derer, die besonders in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen von der alten Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit schließlich übrigblieben, bestand zum Teil aus Personen, die auf Grund ihrer polnischen Volkszugehörigkeit oder auch nur, um sich ihre Existenzgrundlage zu erhalten, freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben hatten, teils aber auch aus Personen, die, wie viele Masuren in Ostpreußen, von den Polen als polnische Volkszugehörige, als sogenannte Autochthone betrachtet wurden, die sich aber zum größten Teil entschieden als Deutsche fühlten und gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt wurden.

Daneben wurden sowohl in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien, in Ostpommern und vereinzelt auch in Ostbrandenburg Personen zurückgehalten, die lediglich auf Grund ihrer Unabhkömmlichkeit als Facharbeiter oder als sonstige wertvolle Arbeitskräfte gezwungen wurden, im Lande zu bleiben. Im Gegensatz zu den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten hatten im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens bis zum Sommer 1947 noch keinerlei Aussiedlungen stattgefunden.

Anders als die Polen hatten die Sowjets kein nationales Interesse an der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, sie waren im Gegenteil sehr bemüht, durch scharfe Bewachung der quer durch Ostpreußen verlaufenden russisch-polnischen Demarkationslinie jede Abwanderung und Flucht von Deutschen aus dem von ihnen verwalteten Teil Ostpreußens zu verhindern, um aus den Deutschen an Arbeitsleistungen herauszuholen, was nur irgend möglich war. Die infolge der sowjetischen Arbeits- und Leistungsnormen eingetretene Erschöpfung der meist auf sowjetischen Kolchosen arbeitenden deutschen Bevölkerung und die katastrophalen

Lebensverhältnisse im gesamten "Verwaltungsgebiet Kaliningrad", von denen an anderer Stelle bereits gesprochen wurde, führten dazu, daß die deutsche Bevölkerung nichts sehnlicher wünschte, als dieses Land zu verlassen, das in kurzer Zeit unvorstellbar verelendet war, in dem ihnen nichts mehr gehörte und wohin in immer stärkerer Zahl russische Zivilpersonen einströmten.

Manchen gelang die Flucht über die Grenze nach den polnisch verwalteten Gebieten, von wo aus sie leichter nach Westen gelangen konnten; sehr viele aber fielen der Unterernährung und den Seuchen zum Opfer und starben.

Erst als die Arbeitskraft der Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich geworden war, begann für die restliche, kaum noch mehr als hunderttausend Menschen zählende deutsche Bevölkerung in den Jahren 1947-1949 die Aussiedlung. Schon im Sommer 1947 hatten einige wenige Tausend aus Königsberg Ausreisegenehmigungen erhalten. Im Herbst 1947, vor allem aber 1948 und abschließend im Jahre 1949 wurden dann sowohl die ca. 20.000 noch am Leben befindlichen Deutschen aus Königsberg als auch die übrige deutsche Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Ostpreußen in geschlossenen Transporten ausgesiedelt, ohne daß an der bisherigen Bedingung von einzelnen Ausreisegenehmigungen festgehalten wurde.

Die Sowjets schlossen sich damit dem Vorgehen der Polen an, obwohl in den Potsdamer Beschlüssen von einer Aussiedlung der Deutschen aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens nicht die Rede gewesen war. Daß sie zu einer Zeit erfolgte, als sich die Lebensverhältnisse gerade zu bessern begannen, während in den Jahren vorher viele Tausende von Deutschen elend an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen waren, macht in besonderer Weise deutlich, wie wenig die Sowjets bei der Frage der Ausweisung oder Nichtausweisung von Rücksichten auf die deutsche Bevölkerung geleitet waren.

Nur jenseits der Memel, im Gebiet des 1945 der Sowjetrepublik Litauen eingegliederten Memellandes, fand keine Ausweisung der Deutschen statt. Die noch im Lande befindlichen Memeldeutschen mußten die litauische Staatsbürgerschaft annehmen und schieden damit aus dem Kreis der umzusiedelnden deutschen Volksteile aus. Dennoch haben sich manche Deutsche aus dem Memelland wegen des sowjetischen Drucks heimlich nach Deutschland durchgeschlagen. Die Mehrzahl der Memeldeutschen, die 1944 nicht geflohen oder später zurückgekehrt waren, ist jedoch in der Heimat verblieben.

In den Jahren 1947-1949, als die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Teil Ostpreußens im Gange war, kam es auch im Gebiet des polnischen Staates zu einer Welle systematischer Ausweisungen, wodurch die Ausmerzungen des Deutschtums in Polen beendet werden sollte, die schon in den Jahren 1945/46 eingesetzt hatte. Damals, als in Polen die brutale Verfolgung aller Deutschen schlimmste Formen annahm, machten sich Tausende von denen, die noch nicht verhaftet oder interniert waren, selbständig von den Orten Posens und Westpreußens auf den Weg nach dem Westen, wobei verschiedentlich auch lokale polnische Behörden den Abtransport der Deutschen vorantrieben.

Mit dem Jahre 1946 waren jedoch nahezu alle im westpolnischen Staatsgebiet ansässigen Deutschen in Gefängnissen eingeliefert, in Lagern konzentriert oder zur Zwangsarbeit eingesetzt, und damit gab es im großen ganzen keine Möglichkeit mehr, selbständig das Land zu verlassen. Lediglich die erst während des Krieges aus dem Reich zugezogenen Deutschen und die volksdeutschen Umsiedler aus den baltischen und südosteuropäischen Staaten wurden, sofern sie nicht bereits vorher geflohen waren, zum Teil anders als die in Polen einheimischen Volksdeutschen behandelt und schon 1945 oder 1946 des Landes verwiesen.

Gegen die alteingesessenen Deutschen, die zwischen 1919 und 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten und dann während der deutschen Okkupation Polens als Deutsche bevorrechtet waren, richteten sich nach 1945 in erster Linie der in der Zeit der Besetzung ge-

nährte Haß und die Vergeltungsabsichten der Polen. Sie wurden nicht nur als Deutsche betrachtet, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen auszuweisen seien, sondern galten, wie schon dargestellt wurde, nach der neuen polnischen Gesetzgebung als Kollaboranten und "Verräter der Nation" und wurden deshalb strafrechtlich verfolgt.

Erst nachdem sie jahrelanger Haft und Verfolgung ausgesetzt, viele von ihnen zugrunde gegangen, die anderen meist völlig verelendet und durch die Zwangsarbeit erschöpft waren, kam es im Jahre 1947 zu den ersten Entlassungen aus den Lagern, die in der Regel mit der Ausweisung der Entlassenen verbunden waren. –

Zwar war schon am 13. September 1946 das Dekret "über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft" erlassen worden, dessen Artikel 4 bestimmte, daß die bisher in Gefängnissen und Lagern Gehaltene, sofern ihre deutsche Gesinnung und ihr Bekenntnis zum Deutschtum erwiesen seien, ausgewiesen werden müßten.

Da aber die Polen inzwischen die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieser Bestimmung sehr verzögert bzw. zunächst nur auf die nicht arbeitsfähigen Deutschen angewandt. Diese vor allem wurden als erste in den Jahren 1947 und 1948 aus den Lagern entlassen und mit Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone gebracht.

Da man die Arbeitsfähigen noch dabehielt, kam es bei diesen Ausweisungen oft zur Zerreißen von Familien und zur Trennung von Müttern und Kindern. ...<<

15.02.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Februar 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/35): >>In Göttingen ist ein evangelisches Hilfskrankenhaus auf dem sog. "Rohns" eingerichtet worden, das zunächst nur von Friedland belegt werden darf. In dieses ehemalige Restaurant läßt der Lagerarzt diejenigen einweisen, ... deren Kraft am Ende ist oder die der Todeshauch bereits streifte.

Bis zum 15. Februar 1946 starben von 508 aus Friedland eingelieferten Personen 99 Frauen und Männer. ... Dazu kommen viele Tote in den anderen Göttinger Krankenanstalten und Heimatkliniken. Das große Sterben hat immer noch nicht aufgehört. ...<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Februar 1946 (x111/137): >>Nach Frankreich 260.000 t, nach Belgien 185.000 t, in die Niederlande 129.000 t, nach Dänemark 129.000 t, nach Norwegen 60.000 t und nach Luxemburg 96.000 t.<<

CSR: Regierungsbeschluß vom 15. Februar 1946 über die Aussiedlung deutscher Antifaschisten aus der tschechoslowakischen Republik in die russische und nordamerikanische Zone Deutschlands (x004/352-354): >>Zu dem Zweck, den Okkupationsorganen in Deutschland eine wirksame Unterstützung bei der Bildung demokratischer Verhältnisse in Deutschland mit Hilfe der in der CSR befindlichen Personen deutscher Nationalität antifaschistischer Gesinnung zu gewähren, beschließt die Regierung der CSR:

Art. 1 Personen deutscher Nationalität antifaschistischer Gesinnung werden zu den in diesem Beschluß erwähnten Bedingungen von der allgemeinen Evakuierung der Deutschen aus den Gebieten der tschechoslowakischen Republik ausgenommen und können im Rahmen einer besonders organisierten Aktion in die russische oder amerikanische Zone auswandern. ...

Art. 3 Besitzabfertigung:

Die deutschen Antifaschisten, denen das Innenministerium die Aussiedlungsbewilligung erteilt hat, können, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, ihr bewegliches Eigentum einschließlich Möbel, Radioapparate, Fahrräder, Schreib- und Nähmaschinen, sowie Geräte, die zur Ausübung des Berufes ... notwendig sind, mitnehmen.

Die aus der Emigration zurückgekehrten Antifaschisten können außer dem Besitz, der ihnen in der CSR vor dem Abgang gehört hat, auch jene beweglichen Sachen mitnehmen, die sie aus

der Emigration mitgebracht haben. ...

Durchaus unzulässig ist die Mitnahme jenes beweglichen Besitzes, dessen Verzeichnis in den Ausfuhrrichtlinien enthalten ist ...

Art. 4 Durchführung des Transportes:

Der Transport wird per Bahn oder auf dem Wasser durchgeführt. ...

Jeder Zugtransport wird etwa 200 Personen enthalten. ... Die Personen werden in Personenzugwagen, ihr Besitz in geschlossenen Güterwagen befördert. ... Dabei soll ein Güterwagen annähernd für die Übersiedlung des Besitzes von 4 Familien dienen. ...<<

20.02.1946

Ostdeutschland: Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" werden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet.

Bis Mitte 1947 transportiert man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).

Vatikan: Papst Pius XII. warnt am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<

21.02.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher trifft sich am 21. Februar 1946 mit Otto Grotewohl und anderen SPD-Politikern.

Schumacher lehnt damals die Gründung der SED (Verschmelzung von SPD und KPD) entschieden ab (x156/25): >>... Eine Einigung beider Parteien ist noch nirgends in der Welt erfolgt, obwohl in anderen Ländern die traditionellen und dogmatischen Spannungen nicht so stark sind wie in Deutschland. Wäre die Einigung möglich, dann wäre sie schon anderswo vorgemacht worden. ...

Die Kommunistische Partei ist unlösbar an eine einzige der Siegermächte, und zwar an Rußland als nationalen und imperialistischen Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden.

...

Die politische Lage in der Ostzone ist dauernden Veränderungen unterworfen. Nach einer relativ großen Freiheit beim Aufbau der politischen Organisation hat jetzt eine Periode eines sonst in Deutschland nicht gekannten Zwanges bei der Eroberung der Partei für die Zwecke der Besatzungsmacht eingesetzt. ...

Die Kommunistische Partei ist und bleibt eine Partei der Kader, d.h. eine Partei, die eine rücksichtslose Meinungsdictatur von oben herab verhängt und keine Abweichung duldet. Es steht außer Frage, daß die Kommunistische Partei den Schritt der Vereinigung als eine Tat der Eroberung ansieht. ...

Ich halte die Führung der KP zudem nicht für vertragstreu und bin der Ansicht, daß alle Zusicherungen, die in den vereinbarten "Grundsätzen und Zielen" enthalten sind, nur auf die Erreichung des Vereinigungszieles abgestellt sind. – Der Sozialdemokratismus einer solchen Partei würde sich nicht in seinem Inhalt und in seiner Politik ausdrücken, sondern Aushängeschild für die Realitäten einer fremden Machtpolitik sein. –

Meines Erachtens ist trotz der zahlen- und ideenmäßigen Überlegenheit der SPD das Gesetz des Handelns an die KPD bzw. an die hinter ihr stehende Macht übergegangen. ... Wenn der Zentralausschuß noch weiterhin Schwierigkeiten machen würde, könnte er damit dennoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Tage des "Zeitgewinns" längst vorüber sind. ...

Wir werden euren Weg verfolgen, wir werden den Weg eines jeden einzelnen von euch verfolgen. Ich hoffe, daß er uns nicht allzuweit auseinanderführt.<<

22.02.1946

UdSSR: Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtet am 22. Februar 1946 aus der US-Botschaft in Moskau über die Ziele der sowjetischen Politik (x111/139): >>... Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Kräften zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoß erhält und einer neuen besseren Welt weicht.<<

27.02.1946

Berlin: Die "Berliner Zeitung" veröffentlicht am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.

Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.

Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.

"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.

Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesamten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

Februar 1946

USA: Der Ökumenische Rat verurteilt im Februar 1946 die UN-Organisation wegen des Ausschlusses der deutschen Vertriebenen und weist auf das Elend und die unsägliche Not der deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>... Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<

01.03.1946

Frankreich: In einem Brief an den nordamerikanischen Botschafter fordert der französische Außenminister Bidault am 1. März 1946 weiterhin die Zerstückelung Deutschlands (x058/395-396): >>... Sie haben schließlich ihr volles Verständnis für den Wunsch der französischen Regierung ausgedrückt, sich gegen die Wiederkehr deutscher Aggressionen zu sichern und zu diesem Zweck Abänderungen des territorialen Status der ihrer Grenze benachbarten Gebiete vorgenommen zu sehen.

Die französische Regierung ihrerseits kann, wenn sie in Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung die längere Besetzung Deutschlands als die beste Garantie der Sicherheit betrachtet, nicht übersehen, daß diese Besetzung eines Tages ein Ende nehmen wird.

Sie macht sich bereits jetzt Gedanken über die Vorsichtsmaßnahmen, die zu treffen sind, um zu vermeiden, daß Deutschland, wenn diese Besetzung ein Ende nimmt, wieder eine Bedrohung für den Frieden wird. Es scheint ihr, in Anbetracht des Menschenpotentials dieses Lan-

des, daß die deutsche Gefahr so lange bestehen bleiben wird, wie eine deutsche Regierung, unter der Wirkung eines Nachlassens der internationalen Wachsamkeit, so wie sie zwischen den beiden Weltkriegen eingetreten ist, die Möglichkeit behält, über industrielle Hilfsquellen zu verfügen, die geeignet sind, die Wiederherstellung ihrer militärischen Macht zu sichern. Die Erfahrung der letzten 25 Jahre hat gezeigt, daß die territorialen Klauseln die letzten sind, welche die revisionistischen Staaten wieder in Frage zu stellen wagen. Diese Klauseln sind es auch, die am leichtesten mit einer wirksamen und präzisen internationalen Garantie zu versehen sind.

Aus diesen Gründen schlägt die französische Regierung vor, daß der Entzug gewisser Gebiete aus dem Bereich der deutschen Souveränität den unwiderruflichen Charakter der auf diese Weise erfolgten Begrenzung der deutschen Möglichkeiten unterstreicht und diese auch tatsächlich unwiderruflich macht. ...

Aus allen diesen Gründen hält die französische Regierung an ihrer Ansicht fest, daß es nicht angebracht ist, daß die Besatzungsmächte, wenn sie eine Politik der Dezentralisierung verfolgen wollen, damit beginnen, verzweigte Verwaltungen mit eigener Entscheidungsgewalt zu schaffen. Sie könnte auf keinen Fall ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Zuständigkeit solcher Verwaltungen auf die Gebiete der Ruhr, des Rheinlands oder, noch weniger, der Saar erteilen.

Das soll nicht heißen, daß meine Regierung die Notwendigkeit einer Koordinierung der Bemühungen in den verschiedenen Zonen verkennt. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Rolle der Koordinierung dem Interalliierten Kontrollrat zukommt und das dieser Rat beim augenblicklichen Stand der Dinge allein die Befugnis behalten muß.<<

05.03.1946

WBZ: Die Besatzungsbehörden verstärken am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").

In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 heißt es (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<

Die deutsche Bevölkerung wird in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufgeteilt.

In der nordamerikanischen Zone werden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthält 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und muß von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre sind, ausgefüllt werden.

USA: Churchill weist am 5. März 1946 während seiner Rede in Fulton/Missouri darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten.

Churchill bedauert damals außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>... Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist.

Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. ...

Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ...

Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte.

Die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas bisher sehr klein waren, sind überall großgezogen worden, sie sind zu unverhältnismäßig hoher Macht gelangt und suchen jetzt überall, die totalitäre Kontrolle an sich zu reißen.

Fast in jedem Fall herrscht eine Polizeiregierung, und bisher ist mit Ausnahme der Tschechoslowakei noch nirgends die Demokratie eingeführt.

Die Türkei und Iran sind beide höchst beunruhigt über die Forderungen, die an sie gestellt werden, und über den Druck, den die Moskauer Regierung auf sie ausübt.

In Berlin haben die Russen den Versuch unternommen, in ihrer Zone die Kommunistische Partei großzuziehen. Wenn die Sowjetregierung jetzt durch eigenmächtige Handlungen versucht, in diesen Gebieten ein kommunistisches Deutschland großzuziehen, dann wird dies in den britischen und amerikanischen Zonen ernste Schwierigkeiten zur Folge haben und die geschlagenen Deutschen in die Lage versetzen, sich den Russen oder den westlichen Demokraten anzubieten. ...

Das ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben.

Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg will.

Was es will, das sind die Früchte des Krieges und die unbeschränkte Ausdehnung seiner Macht und die Verbreitung seiner Doktrin. Was wir aber heute, solange noch Zeit vorhanden ist, in Erwägung ziehen müssen, das sind die Mittel zur dauernden Verhinderung des Krieges und zur Schaffung von Freiheit und Demokratie in allen Ländern.

Nach dem zu schließen, was ich während des Krieges bei unseren russischen Freunden und Verbündeten gesehen habe, bewundern sie nichts so sehr wie die Kraft und Macht, und nichts verachten sie so sehr wie militärische Schwäche.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Churchills Rede in Fulton/Missouri (x068/271-272): >>... Im Augenblick seines höchsten Triumphes, während der Konferenz in Potsdam, durch eine Wahlniederlage von Labour zur Abdankung gezwungen, reiste der Brite im folgenden Frühjahr als Privatmann in die USA und heizte dort den Kalten Krieg an.

Es geschah in einer Rede am 5. März 1946 im Westminster College von Fulton, einer kleinen Stadt in Missouri, dem Heimatstaat Trumans, der Churchill eingeladen hatte und gemeinsam mit ihm per Bahn angereist war. In seiner Ansprache, in vier Erdteile und mehr als 40 Sprachen verbreitet, warnte der illustre Gast alle Welt "vor den zwei finsternen Mordbrennern ... - dem Krieg und der Tyrannei". Zwar bekundete Churchill "viel Bewunderung für meinen Kriegskameraden Marschall Stalin", zwar glaubte er "nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht. Was sie wünschen, sind die Früchte des Krieges ..."

Doch das war schlimm genug, denn die wünschten auch andere. "Ein eiserner Vorhang hat sich über den Kontinent gesenkt", rief Churchill. Und fiel auch weder hier, wie man oft meint, das Wort vom Eisernen Vorhang zuerst, noch in Churchills vertraulichem Telegramm an Truman vom 12. Mai 1945, sondern im Tagebuch von Hitlers Propagandaminister Goebbels, der es da gegen Kriegsende wiederholt gebraucht - Churchill hat es aufgegriffen und das weltpolitische Klima der nächsten Jahre entscheidend beeinflußt, selbstverständlich in Übereinstimmung mit der US-Regierung.

Und verlangte er auch noch keinen "Kreuzzug", längst hatte er gefordert, "den Sozialismus in der Wiege zu ersticken", hatte er den von Labour erstrebten Sozialismus fast mit Kommunismus, ja, ein Leben bereits unter einer Labour-Regierung mit dem Dasein unter der nazisti-

schen Gestapo gleichgesetzt.

Die Fronten waren gewechselt, und es schien, als habe man den Zweiten Weltkrieg nur beendet, um einen Dritten zu beginnen.

Neben Churchill auf dem Podium im Westminster College in Fulton saß seinerzeit US-Präsident Harry Truman. Und hatte dieser gerade, ganz in der Nachfolge seines dahingegangenen Chefs und Parteigenossen, Stalin noch geschätzt, zumindest so getan und geschwärmt: "I like Joe", nun plötzlich war der für ihn der verhaßte "son of a bitch". Und ein halbes Jahr später hatte sich, nach einer neuen Gallup-Umfrage, die Nation umorientiert: statt 55 %, die für Fortsetzung des Bündnisses mit Sowjetrußland plädierten, waren es jetzt nur noch 46, dann 38 %

Die Akzente, die Churchill und Truman mit ihren Reden gesetzt hatten, bestimmten die Amerika-, die Europa-, die Deutschland-Politik, sie veränderten die Welt. Es war auf einmal, als stünde der Dritte Weltkrieg schon vor der Tür. In Wirklichkeit fürchteten die USA nicht einen Krieg mit der Sowjetunion, nicht den "Eisernen Vorhang" oder den internationalen Kommunismus, sondern sie fürchteten - einen Erfolg der russischen Planwirtschaft.

Dies gestand kein anderer als der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry Truman, in einer Rede am 6. März 1947 in Texas. Wenn Amerika nicht handle, so sagte er, könne diese Planwirtschaft das Vorbild für das nächste Jahrhundert werden. Die USA müßten dann das gleiche System praktizieren, das freie Unternehmertum würde verschwinden und damit "unsere Freiheit". Ergo, schloß Truman: "Die ganze Welt sollte das amerikanische System übernehmen, denn das amerikanische System kann nur überleben, wenn es das System der ganzen Welt wird".

Am amerikanischen Wesen soll die Welt genesen.<<

08.03.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 8. März 1946 aus München (x124/138-139): >>... Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen haben diktatorische Vollmachten, überflüssigen Wohnraum auszukundschaften und zu beschlagnahmen. Eine Beschwerdeinstanz für ihre Entscheidungen gibt es nicht.

Hinter der Aktion steht nicht nur die Regierung, sondern die Besatzungsmacht, die sich im November 1945 verpflichtet hat, in Übereinstimmung mit den Briten und Russen die 6.500.000 noch in Osteuropa lebenden Deutschen aufzunehmen.

Diese Übereinkunft geht wieder auf das Potsdamer Abkommen zurück, an dem sich die Franzosen nicht beteiligten. Daher lehnt de Gaulle eine Übernahme dieses Kriegserbes für seine Zone ab.

Da die Opfer dieser Manipulation nur Deutsche sind, können die Sieger die Bewältigung dieses Transfers, wie die triste Völkerwanderung beschönigend heißt, zu einer rein deutschen Angelegenheit machen. ...

Abends studierte ich das Entnazifizierungsgesetz, das die Tageszeitung im Wortlaut veröffentlicht. ...

Unsere Regierungen, denen die Durchführung obliegt, sind nicht zu beneiden. Sie müssen nicht nur in ein zerstörtes Land Millionen ausgeplündelter Menschen aufnehmen, sondern gleichzeitig einen Feldzug gegen unsere Vergangenheit führen, für den es in der Geschichte keine Parallele gibt.

Nach US-Schätzungen werden durch das Gesetz 1.000.000 Menschen ihre Existenz und Hunderttausende ihre Habe verlieren.

Uns allen wird ein kollektiver Schuldkomplex injiziert und eine Umwertung aller bisherigen Anschauungen anbefohlen, deren Auswirkungen sich gar nicht absehen lassen.<<

09.03.1946

Frankreich: General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlägt

seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).

10.03.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. März 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/33): >>10. März 1946: 682.028 Menschen sind bisher durch Friedland "gelaufen", wie es in der Amtssprache heißt.

Seit Anfang des Jahres fährt eine englische Heilsarmeegruppe unter Leitung von Majorin Mitchell, dem "guten Engel" des Lagers, mit einer Kantine jeden Tag an den Schlagbaum nach Besenhausen, um die unendlich Vielen mit Kakao, belegten Broten und Kleidern zu empfangen. Welche Genüsse in unserem ausgehungerten Land.

Im unentgeltlichen Dienst der Nächstenliebe arbeiten auch englische Kriegsdienstverweigerer, heben Gräben für Behelfslatrinen aus, kümmern sich um die Alten und Schwachen, legen Hand an, wo Hilfe fehlt. Ein Vorbild für so manchen Deutschen, der hart die Augen vor der Elendstragödie verschließt, die da vor uns allen abrollt. Wann wird sie zu Ende sein? ...

"Friedland", so sagte Lagerleiter R. Krause, "wird noch lange bestehen bleiben. Das dauert Jahre, bis diese Baracken wieder verschwinden."

Wenn man jetzt Friedland sagt, dann meint jeder das Lager. Von dem Dorf, das den Namen geliehen hat, spricht niemand.<<

Großbritannien: Der "Manchester Guardian" berichtet am 10. März 1946 über die polnischen Vertreibungsmaßnahmen (x028/138-139): >>Trotz der Potsdamer Vereinbarung, wonach die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten geregelt und human vor sich gehen sollte, vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung 10 Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone.

Ein 73jähriger Mann und ein Kind von 18 Monaten wurden tot im ersten Transport gefunden, der in Lübeck ... am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen 3 Tote. Im allgemeinen packt man 1.500 Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum größten Teil beschädigt sind. Der 4. Transport brachte aber 2.070 Menschen, so daß die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten.

Die britischen und polnischen Behörden waren übereingekommen, daß die Polen den Ausgewiesenen Rationen für eine Reise von ein bis zwei Tagen mitgeben sollten, aber es wird kaum jemals etwas verteilt.

Im ersten Transport erhielt jede Person ein halbes Brot, im zweiten wurde ein Dreipfundbrot unter 8 Leuten verteilt, dazu ein Pfund Zucker unter sechzig. Im dritten Zug gab es keine Nahrungsmittel, nur heißes Wasser und Tee. Die Rationen sollen nur für die Reise von Stettin nach Lübeck reichen, die 22 Stunden dauert, doch bis zum Sammelpunkt in Stettin sind die Flüchtlinge oft 7 Tage unterwegs, so daß sie schließlich 10 Tage lang keine ordentliche Mahlzeit erhalten. Sie kommen erschöpft und krank in den Durchgangslagern an.

Im ersten Transport waren 350 Menschen krank, von denen 250 in ein Lübecker Krankenhaus geschafft werden mußten. In den späteren Transporten war die Zahl der Kranken noch größer. Die meisten leiden an Krätze, Typhus ist noch nicht aufgetreten.

Im allgemeinen ist ihre körperliche Verfassung schlechter als die der früheren Flüchtlinge aus der russischen Zone, und manche tragen noch die Spuren von Mißhandlung. Die britischen Sanitätsoffiziere haben festgestellt, daß die meisten Frauen vergewaltigt worden sind, darunter ein Kind von 10 Jahren, eines von 16 Jahren. Die meisten Leute sind über 50 Jahre alt, manche in den achtzigern. Es sind Kranke und Krüppel darunter, obwohl Polen und Briten verabredet hatten, daß keine Kranken geschickt werden sollten. Es kommen auffallend wenig junge Leute, die offenbar in Polen zur Zwangsarbeit zurückgehalten werden. ...

Die Verhältnisse haben sich leicht gebessert, seit eine britische Sanitätsschwester in Stettin die Zusammenstellung der Züge überwacht. Wahrscheinlich gibt es jetzt etwas bessere Nahrung; mit DDT-Puder, der aus der britischen Zone kommt, verringert man die Seuchengefahr; und wahrscheinlich wird man die Verschickung der Kranken und der Kinder ohne Begleitung einstellen. Doch bisher ist noch nichts geschehen, um die Behandlung der Flüchtlinge auf der ersten Etappe ihrer Reise, von ihrem Zuhause bis Stettin, zu überwachen.

Man rechnet damit, daß insgesamt im Laufe der nächsten Monate anderthalb Millionen Flüchtlinge ankommen werden, täglich 1.500 mit der Bahn, 1.000 mit Schiffen. Die Zahl aber liegt vermutlich näher an der Zweimillionengrenze. ...<<

13.03.1946

UdSSR: Stalin protestiert am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<

Stalin vergleicht Churchill nicht nur mit Hitler, sondern er bezeichnet ihn außerdem als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).

18.03.1946

Berlin: Theodor Heuss weist am 18. März 1946 in einem Vortrag darauf hin, daß der Nationalsozialismus nicht aus Berlin stammt (x116/27): >>... Es ist ein Mißbrauch, dem mancher gerne huldigt. Im Westen und im Süden, auf Berlin, das so schwer gelitten hat, jetzt zu blicken und zu sagen, ja, die haben es ja doch gemacht, von dorthier kam das, was Nationalsozialismus und Militarismus ist.

Ich glaube die Berliner tun ganz recht daran, darauf aufmerksam zu machen, daß die Herren Hitler und Himmler und Goebbels und Ley teils von Bayern und vom Rheinland gekommen sind und in Berlin schließlich nur die Apparate übernommen haben.<<

24.03.1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 24. März 1946 während einer Rede in der Kölner Universität (x111/147-148): >>... Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. ...

Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. ...

Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt.<<

26.03.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. März 1946 den ersten Industrieplan für Deutschland. Die Industrieproduktion soll etwa 50-55 % der Produktionsmenge des Jahres 1938 betragen. Höhere produzierte Mengen sollen als Reparationsgüter an das Ausland verteilt oder vernichtet werden (x101/12).

Großbritannien: "The Times" berichtet am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<

Laut Untersuchungsberichten von UNRRA-Sachverständigen sind für einen gesunden, arbeitenden Menschen etwa 2.500 Kalorien absolut notwendig (x043/163).

März 1946

Frankreich: Ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes berichtet im März 1946 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die im Gebiet von Wimereux Minen räumen

müssen (x130/175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über das internationale Verbot der Minenräumung durch Kriegsgefangene (x026/89): >>Besonders die Frage der Minenräumung gab dem IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) Anlaß, bei den französischen Behörden zu intervenieren. Die Beseitigung von Minen und anderem Explosivmaterial während der Dauer der Feindseligkeiten ist nach Artikel 31 verboten. Auch nach deren Beendigung bleibt die Minenräumung laut Artikel 32 verboten. Wie dem auch sei, nach der Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im März 1943 beschloß man, die Gefangenen zur Minenräumung einzusetzen. ...

Dieses Problem tauchte Anfang 1945 verschärft wieder in Frankreich auf. Die Presse nahm sich seiner an und schrieb, daß die Aufgabe der Minenbeseitigung denen zukäme, die sie gelegt hätten. Das IKRK vermied es, getreu seiner rein humanitären Aufgabe, zu polemisieren oder eine rein juristische These über die Anwendung der Verträge zu verfechten. Es wies die französische Verwaltung auf die Gefahren hin, die eine durch Nicht-Spezialisten ausgeführte Minenräumung mit sich brächte.

Der Kriegsminister selbst schätzte im September 1945 die Zahl der zu beseitigenden Minen auf etwa 10 Millionen. Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die mit diesen Arbeiten beschäftigt waren, gab es jeden Monat 2.000 bei tödlichen Unfällen ums Leben gekommene Opfer. Dies entspricht dem Verhältnis: ein Todesfall auf 5.000 Minen.

Man konnte leicht daraus schließen, daß eine unter diesen Umständen durchgeführte Minenräumung das Leben von 20.000 Gefangenen kosten würde. Das IKRK bestand auf der Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen und zählte diese auf. Dann beauftragte er seine Delegierten vor allem auf die Durchführung zu achten. ...<<

USA: "The Reader's Digest" berichtet im März 1946 über die nordamerikanischen Besatzungssoldaten in Westdeutschland (x114/2.96): >>**Warum die GIs die Deutschen so gern haben!**

Annähernd 4 von 5 zurückgekehrte Soldaten ziehen Deutschland allen alliierten Ländern vor, die sie gesehen hatten. Die zu Hause gebliebenen Amerikaner mag dies verblüffen, wird aber keinen Soldaten überraschen, der auf dem europäischen Kriegsschauplatz war.

Man hört oft GIs die Engländer kritisieren und die Franzosen verdammen. Aber es war eine Seltenheit, Amerikaner in Deutschland den Feind verwünschen zu hören. Die wenigen, die dies taten, hatten ihre Freunde in der Schlacht sterben sehen oder stießen auf Körper von erschossenen gefangenen Kameraden oder hatten die Leichen von Buchenwald und Dachau gerochen. Gewiß, diese blieben unversöhnlich, aber die Ersatzleute, die sie ablösten, kannten die Deutschen nur als friedvolle, freundliche Gastgeber.

Die "Krauts", ein freundschaftlich gebrauchter Ausdruck der GIs für die Deutschen, zu hasen, wurde mit der Zeit direkt ungehörig. In Deutschland stationierte Soldaten, die einen Urlaub nach Paris oder die französische Riviera erhielten, kamen nicht selten zurück, bevor ihr Urlaub zu Ende ging, sie kehrten "heim" nach Deutschland.

Was ist die Ursache dieser Gefühlswelle, die unseren Sieg bedroht?

Der amerikanische Soldat fühlt sich vor allem in "Übersee" einsam und heimwehkrank. Die Deutschen scheinen ihm nun weniger fremd als irgendein anderes Volk, ja sogar als die Engländer. Er kam mit der Idee nach England, daß er dort Leute finde, die ähnlich wie er seien. Das Ergebnis war aber überraschend, denn über die bestehenden Differenzen zwischen dem amerikanischen und britischen Charakter war er verärgert.

In Deutschland dagegen erwartete er erhebliche Wesensverschiedenheiten, und dann konstatierte er mit Vergnügen so viele Ähnlichkeiten.

Und jetzt kommen wir zu einer der Hauptursachen für die Haltung der GIs Deutschland ge-

genüber. Nachdem er die ersten Hemmungen überwunden hatte, sah er sich einer Flut williger Mädchen gegenüber. Er fand sie in den engstmöglichen Badeanzügen am Strand der Flüsse, ihre Beine verführerisch zur Schau gestellt, und wollte er ein Mädchen, so hatte er nichts weiter zu tun, als seinen Jeep zu stoppen.

Warum zeigten sich eigentlich deutsche Frauen den amerikanischen Soldaten so mit vollem Herzen zugetan? Einer der Gründe war wahrscheinlich die einfache Tatsache, daß sie ihre Männer seit langem entbehren mußten. Ein anderer Grund ist der Niedergang der Moral, eine der Früchte der Nazi-Propaganda. ...

Das Verblüffende daran ist, wie die GIs die Haltung der deutschen Frauen auslegen. In Frankreich hatten die GIs fast ausschließlich Kontakt zu Prostituierten, und dies machte bei ihnen der Auffassung Platz, daß das französische Volk unmoralisch sei. In Deutschland aber, wo ihnen im allgemeinen jede Frau zur Verfügung stand, sahen sie dies als romantisch an und als Zeichen der Freundschaft und der Großzügigkeit seitens der deutschen Frauen.

Der amerikanische Soldat ist jeden Tag einer kein Ende nehmenden Propaganda seitens der hartnäckig freundlichen deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Weil er offen und von Natur aus nicht mißtrauisch ist, verfehlt diese Propaganda ihren Zweck nicht, ja sie hat sogar tiefen Eindruck auf ihn gemacht.

Kommt der GI heim, so hat er eigentlich das Gefühl, daß ihm der Feind näher steht als seine Alliierten, und er kommt zu Millionen zurück und wird seine Meinung in jeden Winkel der Vereinigten Staaten mitnehmen.<<

18.04.1946

Niederlande: In Den Haag tritt am 18. April 1946 erstmalig der neue Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (UNO, später UN) zusammen. Die UNO-Mitglieder verpflichten sich zum Verzicht auf Gewaltanwendung. Eingriffe in die jeweilige Landesgerichtsbarkeit sieht der UNO-Gerichtshof nicht vor.

20.04.1946

SBZ: Die sowjetische Besatzungsmacht und die Führung der KPD vollziehen am 20. April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED.

Die SED berichtet am 19./20. April 1946 über die Vereinigung von SPD und KPD (x156/22-24): >>Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen. Beide Parteien treten daher am 21./22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. ...

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird. ...

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird, und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.
4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.
5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.
6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. ...
12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.
13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.
14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwaltung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus, sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Schicksal der "SPD" in der SBZ (x009/409): >>... Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurde sie am 19./20.4.1946 mit der KPD zur SED zwangsvereinigt.

Im Laufe der Entwicklung wich die versprochene paritätische Vertretung in allen Vorstandssämtern einer kommunistischen Diktatur und viele sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet.

In Berlin wehrte sich die SPD unter Führung von Franz Neumann und mit Unterstützung vor allem von Dr. Schumacher gegen die Vereinigung. In einer Urabstimmung wurde die Verschmelzung eindeutig abgelehnt.

Die alliierte Kommandantur fand daraufhin den Kompromiß, SPD und SED in allen 4 Sektoren Berlins zuzulassen.<<